Neue Zürcher Zeitung

Putin wehrt sich gegen eine «Entkolonialisierung» Russlands

In Zeiten des Krieges lobt der russische Präsident den Vielvölkerstaat, sieht ihn aber von aussen bedroht

MARKUS ACKERET

Als der russische Präsident Wladimir Putin Anfang März 2022, kurz nach dem Beginn des Grossangriffs auf die Ukraine, die ersten Gefallenen als «Helden Russlands» auszeichnete, waren unter den Geehrten auch Vertreter nichtrussischer Ethnien. Putin hob das besonders hervor, um den Schulterschluss aller Völker Russlands gegen den auswärtigen Feind festzuhalten.

Die Wahrheit ist banaler: Die Armee ist in wirtschaftlich zurückgebliebenen Regionen einer der wenigen Arbeitgeber, bietet einen sicheren Lohn und Aufstiegsmöglichkeiten. Dass unter den Zehntausenden von gefallenen Militärangehörigen überproportional viele ethnischen Minderheiten entstammen, ist daher weniger ein Beweis für deren Patriotismus als für deren wirtschaftliche Nöte. Aktivisten, die für die Rechte dieser Minderheiten eintreten und immer öfter auch für deren Emanzipation vom russischen Staat, sehen darin noch mehr: die bewusste Schwächung oder gar Zerstörung der Grundlagen ihrer Völker.

Für den Kreml sind das bedrohliche Töne. Hinter dem Mantra von der angeblichen Geschlossenheit der russischen Gesellschaft vor dem Hintergrund des Kampfs gegen die Ukraine steckt die Angst vor Aufruhr und Unruhe – und vor dem Zerfall des Landes entlang ethnischer Grenzen. Am Ende des Zarenreichs und am Ende der Sowjetunion hatten nationale Fragen in den Teilgebieten zum Zusammenbruch der Imperien beigetragen. Die tschetschenischen Unabhängigkeitsbestrebungen beendete Moskau dann in zwei brutalen Kriegen. Heute gibt es in der russischen Exil-Opposition Stimmen, die nach der «Entkolonisierung» Russlands rufen und für das Land nur so eine demokratische, prosperierende Zukunft sehen.

196 verschiedene Völker

Russland in Verbindung mit Kolonialismus zu bringen, ist für das Regime eine Provokation. Seit mehr als drei Jahren wirft Putin dem Westen vor, dieser sei noch immer in kolonialistischem Denken verhaftet und erwarte deshalb vom Rest der Welt, dass er sich ihm unterwerfe. Die antikolonialistische Rhetorik kommt in den aufstrebenden Staaten Asiens und Afrikas gut an. Dass der Vorwurf des Kolonialismus auch auf Russland und seine imperiale Geschichte zutrifft, weist der Kreml rundweg zurück. Für Russland ist «Entkolonialisierung» Bedrohung, nicht Verheissung.

An der Sitzung des Rats für interethnische Beziehungen, einem Beratungsgremiums des Präsidenten, unterstrich Putin vor kurzem die Bedeutung des friedlichen Miteinanders im Vielvölkerstaat. Dieses sei aber bedroht. «Nun ist immer öfter die Rede von einer angeblichen ‹Entkolonisierung› Russlands. Im Grund bedeutet das die Zer-

schlagung der Russischen Föderation und das Zufügen dieser berüchtigten strategischen Niederlage», sagte er. «Sie haben sich sogar einen besonderen Begriff dafür ausgedacht – «Post-Russland», also ein seiner Souveränität beraubtes Territorium, das in kleine, dem Westen unterworfene Stücke zerrissen ist.» Womöglich bezog er sich auf Resolutionen des Europarats.

Putin erhob bei der Gelegenheit auch den Vorwurf der «aggressiven Russophobie» im Westen. Diese richte sich gegen alle Völker des Landes, weil ohne das ethnisch russische Volk auch Russland selbst nicht existieren könne. Russland ist ein Vielvölkerstaat, auch wenn das Russische in jeder Hinsicht dominiert. 196 verschiedene Völker leben auf dem Staatsgebiet, nach mehr als zwei Dutzend von ihnen sind Teilgebiete der Russischen Föderation benannt.

In den vergangenen Jahren wurde nicht nur der auf dem Papier föderalistisch organisierte Staat immer stärker auf das Zentrum ausgerichtet, auch die «Autonomien» der Minderheiten existieren oft nur noch auf dem Papier.

Besonders erbittert es Vertreter der in Russland «kleine Völker» genannten ethnischen Minderheiten, dass der einst festgeschriebene Unterricht in ihren jeweiligen Sprachen zuerst aus dem obligatorischen Lehrplan gestrichen und mittlerweile auf eine Stunde pro Woche reduziert wurde. Kinder und Jugendliche haben kaum mehr die Möglichkeit, die

Sprache ihrer Vorfahren wirklich zu lernen. Dadurch und auch durch die Entvölkerung der Dörfer in ihren meist abgelegenen Siedlungsgebieten verlieren sie rasant den Bezug zur Kultur.

Dass Putin pünktlich zum 4. November, dem «Tag der Einheit des Volkes», zwei neue Feiertage ausgerufen hat – den «Tag der eingeborenen Minderheitenvölker» und den «Tag der Sprachen der Völker Russlands» –, empfinden sie vor diesem Hintergrund als besonders heuchlerisch. Die ursprünglich aus Burjatien stammende Wissenschafterin Marina Saidukowa spricht gegenüber dem von Radio Free Europe / Radio Liberty für den Wolga-Raum herausgegebenen Internetportal Idel.Realii von einer bewussten Strategie des Linguizids.

Vereinheitlichung statt Vielfalt

Die nichtrussischen Sprachen sollten aus dem Alltag herausgedrängt werden, sagt Saidukowa. Die neuen Feiertage verstärkten nur noch die Tendenz, die Minderheitenvölker zu Vorzeigeobjekten zu machen. Sie erhielten in kolonialistischer Logik die Rolle glücklicher ethnografischer Ausstellungsstücke. Das sei ein zynischer Schritt. Er suggeriere das Bemühen um Vielfalt, während die Politik eigentlich in die entgegengesetzte Richtung, nämlich zu Vereinheitlichung, führe.

Der Krieg gegen die Ukraine gab in manchen ethnisch definierten russischen Regionen separatistischen Überlegungen einen Schub. Sie wenden sich gegen das imperialistisch motivierte militärische Vorgehen und dagegen, dass ihre Völker einen besonders hohen Preis dafür bezahlen sollen – und sehen einen Ausweg in der Eigenständigkeit von Moskau. Die Massen erreichen solche Gedankenspiele nicht. Das Regime fürchtet sich aber davor, dass sich der Funke an einem lokalen Ereignis entzünden könnte.

Nur schon deshalb geht es unerbittlich gegen die politischen Bewegungen vor. Im Frühjahr 2024 liess die Generalstaatsanwaltschaft eine rein fiktive «Antirussische separatistische Bewegung» für extremistisch erklären und verbieten. Eine solche Organisation existiert zwar nicht, aber unter das Verbot fiel eine lange Liste marginaler lokaler nationaler Bewegungen und deren angebliche Unterstützer im Westen – darunter die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Sie hatte über solche separatistischen Bewegungen berichtet.

Russland lägen Dokumente vor, wonach westliche Geheimdienste und von diesen bezahlte ausländische Zentren Russland von innen spalten und nationale und religiöse Konflikte provozieren wollten, behauptete Putin diese Woche vor dem Rat für interethnische Beziehungen. Der eigene Anteil am Unmut der sich unterdrückt fühlenden Völker wird nicht einmal in Betracht gezogen.

SOURCE SWISSORCHESTRA SWISSORCHESTRA SWISSORCHESTRA ENALISA WUSTENDORFER

PROGRAMM & TICKETS

INTERNALIFICACIÓN DUZ

ANDERNATY ANS Z

ANDERNATYMUSIC CH